

Kernforderungen des nordrhein-westfälischen Handwerks zu den Kommunalwahlen 2014

Beschluss des Vorstands des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags vom 16.1.2014

Mit seinen fast 190.000 Betrieben und 1,1 Mio. Beschäftigten ist das Handwerk als die „Wirtschaftsmacht von nebenan“ in vielen Städten und Gemeinden die stärkste Stütze der regionalen Wirtschaft. Durch seine Vielseitigkeit und Stabilität trägt es in Ballungszentren ebenso wie im ländlichen Raum zu einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur bei. Durch seine vielen Dienstleistungen sorgt es für eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung und sichert damit die Wohn- und Lebensqualität in den Stadtzentren und Stadtteilen und auf den Dörfern. Vielen Menschen bietet das Handwerk zudem sichere und attraktive Beschäftigungsperspektiven. Durch das bewährte System der beruflichen Bildung leistet das Handwerk vor Ort mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich für

Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen. Und nicht zuletzt: Was wäre das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen ohne all die vielen Handwerker, die sich als selbstbewusste und verantwortungsbereite Bürger und aus Verbundenheit zu ihrem Heimatort aktiv in die Kommunalpolitik, in das örtliche Vereinsleben oder in das soziale und kirchliche Ehrenamt einbringen? Wo es dem Handwerk gut geht, geht es auch den Kommunen gut!

Kommunen und Handwerk können gemeinsam viel für die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld leisten. Im Geiste dieser bewährten Partnerschaft vor Ort stellt das nordrhein-westfälische Handwerk zu den Kommunalwahlen 2014 die folgenden Forderungen auf.

1. Kein ständiges Drehen an der Gewerbesteuerschraube, sondern eine nachhaltige Reform der kommunalen Finanzen angehen!

Viele nordrhein-westfälische Kommunen stecken in Haushaltsnotlagen und belasten durch Erhöhungen der Gewerbesteuer Handwerk und Mittelstand – und damit zunehmend ihr eigenes wirtschaftliches Fundament. Die nordrhein-westfälischen Kommunen brauchen eine Finanzausstattung durch das Land, die das Prinzip der Konnexität ernst nimmt. Sie brauchen zugleich mehr finanzpolitische Selbstverantwortung, damit sich solides und sparsames Wirtschaften wirklich lohnt. Kommunen, die verantwortungsbewusste Haushaltspolitik betreiben, dürfen dafür nicht durch Zwangsabgaben mit falschen Anreizwirkungen bestraft werden.

2. Starke Stadt- und Ortsteilzentren für die „Stadt der kurzen Wege“ entwickeln!

Die Erhaltung kleinteiliger Stadt- und Ortsteilzentren mit vielfältigen Nutzungen ist ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der Städte und Gemeinden. Das Handwerk trägt maßgeblich zur Lebendigkeit der Stadt- und Ortszentren und zur wohnortnahen Versorgung im ländlichen Raum bei. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss die Entwicklungsfähigkeit des innerörtlichen Handwerks durch baurechtliche Rahmenbedingungen und durch kommunalpolitische Entscheidungen über mittelstandsfreundliche Gewerbestandorte und Einzelhandelskonzepte gesichert werden.

3. Vorhandene Gewerbestandorte sichern und neue Betriebsflächen nachfrage-recht ausweisen!

In vielen Städten und Gemeinden nehmen die Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Arbeiten auch durch neue bau- oder umweltpolitische Anforderungen zu. Die Kommunen müssen daher ihr Engagement für eine bedarfsgerechte Flächenbereitstellung und Standortsicherung für handwerkliche Betriebe als wichtige Zukunftsaufgabe erkennen. Sie müssen strategische Konzepte entwickeln, um quantitativ und qualitativ ausreichende Gewerbeflächen für die Neuan siedlung, Verlagerung und Erweiterung von Hand-

werksbetrieben bereitzustellen und die vorhandenen Standorte zu sichern und weiterzuentwickeln.

4. Den Dialog mit dem Handwerk in Planungsprozessen fördern, um den demografischen Wandel und die Energiewende vor Ort zu meistern!

Vorhaben zur Stadtentwicklung erfordern heutzutage von den Kommunen intensivere Planung und Kommunikation. Im Rahmen einer frühzeitigen Einbindung der Öffentlichkeit in Planungsprozesse müssen innovative Methoden zum Einsatz kommen und die Kompetenz der lokalen Wirtschaft frühzeitig genutzt werden. Eine intensive Einbindung des Handwerks in die Strategieentwicklung der Kommunen ist auch geboten, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die lokale Klimapolitik oder für die Sicherung des Fachkräfteangebots und des Stadumbaus in Zeiten den demographischen Wandels zu erarbeiten.

5. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wieder zurückdrängen und auf den zulässigen Kernbereich begrenzen!

Mit großer Sorge beobachtet das Handwerk, dass viele Kommunen ihre Haushalte durch verstärkte wirtschaftliche Betätigung sanieren wollen. Stadtwerke und Bauhöfe nutzen dabei ihre Refinanzierungsvorteile auf dem Finanzmarkt aus, verzerren den Wettbewerb und gefährden die Existenz von Handwerkern und anderen mittelständischen Unternehmen. Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen muss daher wieder strikt auf das Erfordernis eines dringenden öffentlichen Zwecks beschränkt werden. Stadtwerke und andere kommunale Betriebe dürfen ihre Tätigkeit nicht über den eigentlichen Kern der Daseinsvorsorge hinaus ausdehnen. Wo sie in direkte Konkurrenz mit privatwirtschaftlichen Unternehmen treten, muss der faire Leistungswettbewerb durch gleiche steuerliche und sonstige Rahmenbedingungen hergestellt werden.

6. Wirtschaftliche Kooperationen zwischen Kommunen und Handwerk partnerschaftlich gestalten!

Statt den Konflikt zu suchen, sollten die Potentiale verstärkt genutzt werden, die eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen, kommunalen Unter-

nehmen und Handwerksbetrieben bietet. Hierfür gibt es erfolgreiche Beispiele in der Energiewirtschaft und bei der Anpassung der Infrastruktur und der Versorgungseinrichtungen an den demografischen Wandel, z.B. Contracting-Modelle und Energieerzeugungsgenossenschaften.

7. Keine interkommunale Kooperationen zulasten des Handwerks eingehen!

Aufträge mittelstandsfreundlich zu vergeben ist eine unverzichtbare Anforderung an die kommunale Wirtschaftsförderung. Personalabbau in den Bauverwaltungen und der Umstand, dass Aufträge oftmals nicht an den wirtschaftlichsten, sondern an den billigsten Anbieter vergeben werden, stehen dem jedoch entgegen. Zudem gründen Kommunen immer öfter kommunale Dienstleistungsgesellschaften in privatrechtlicher Form, um Auftragsvergaben unter Umgehung von vergaberechtlichen Vorgaben durchzuführen. Das Handwerk sieht mit großer Sorge, dass durch diese um sich greifende Praxis handwerkliche und mittelständische Bieter zunehmend aus der Auftragsvergabe herausgedrängt werden. Das gilt auch für die Bündelung von auszuschreibenden Maßnahmen mit der Folge, dass europaweit ausgeschrieben werden muss. Es ist für das Handwerk auch nicht akzeptabel, dass kommunale Dienstleistungsgesellschaften sich unter Missachtung der Gemeindeordnung an Ausschreibungen außerhalb des eigenen Gemeindegebiets beteiligen.

8. Den fairen Leistungswettbewerb durch Bekämpfung der Schwarzarbeit stärken!

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern schadet legal arbeitenden Unternehmen, Sozialversicherungsträgern und dem Staat. Zur effektiven Bekämpfung der Schwarzarbeit fordert das Handwerk eine bessere personelle und sachliche Ausstattung und mehr Engagement der Kommunen. Nur so können die Ordnungsämter die Hauptzollämter wirkungsvoll bei der Eindämmung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit unterstützen.

9. Die Mittelstandsfinanzierung als Kerngeschäft der Sparkassen begreifen!

Für die Kreditversorgung des Handwerks spielen neben den Genossenschaftsbanken auch die Sparkassen in kommunaler Trägerschaft eine herausragende Rolle.

Die neuen europäischen Rahmenbedingungen zur Finanzmarktregulierung stellen die Sparkassen aber vor neue Herausforderungen. Gerade die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sollten auch in Zukunft ihrer Gemeinwohlorientierung gerecht werden und die Mittelstandsfinanzierung in den Fokus ihrer Geschäftspolitik stellen. Die Sanierung der Haushalte der Trägerkommunen gehört nicht zu ihren Aufgaben.

10. Den Verfall der öffentlichen Infrastruktur durch eine Investitionsoffensive stoppen – Breitbandversorgung für schnelles Internet flächendeckend bereitstellen!

In vielen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens ist die kommunale Infrastruktur in einem schlechten Zustand. Das Handwerk fordert eine umfassende Investitionsoffensive, um die Lebensqualität und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden zu sichern. Dazu gehören ehrliche und umfassende Infrastrukturberichte, die ein lückenloses Bild über den Zustand und Sanierungsbedarf der kommunalen Infrastruktur geben. Insbesondere fordert das Handwerk die Kommunen dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raums mit schnellen und leistungsfähigen Internetverbindungen durch Ausbau von Netzen auf Glasfaserbasis zu gewährleisten.

11. Verkehrspolitik für alle Teilnehmer mit Augenmaß gestalten und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur für die Betriebe, Beschäftigten und Kunden sicherstellen!

Das Handwerk steht als Partner der Kommunen bereit, wenn es um technische Innovationen zur Luftreinhaltung, um intelligentes Baustellenmanagement, um die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur oder um die Förderung der Elektromobilität geht. Das Handwerk ist als kundenorientierter Dienstleister selbst auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Jede Kommune muss dafür durch ein operatives und strategisches Erhaltungsmanagement Sorge tragen. Die Kommunen müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Aktionistische und umweltpolitisch wirkungslose Fahr- oder Parkverbote, die Bürger und mittelständische Wirtschaft belasten, lehnt das Handwerk ab.

12. Regionale Wertschöpfung in der kommunalen Klimapolitik durch Kooperation mit Handwerk und Mittelstand sichern!

Das Handwerk steht als kompetenter Partner für kommunale Klimaschutzaktivitäten bereit – bei der energetischen Sanierung von kommunalen Liegenschaften, bei der Modernisierung des Gebäudebestands und bei der Entwicklung von Stadtquartieren, Ortsteilen und Dörfern. Die erfolgreiche Einbindung des Handwerks muss dabei nicht nur die Mitwirkung an der Umsetzung von Maßnahmen umfassen, sondern auch die frühzeitige Beteiligung an kommunalen Klimaschutzkonzepten und an Beratungs- und Informationsangeboten sowie die Nutzung von Gewerbegebieten als Innovationszellen für Energiemanagement.

13. Entscheidungsfreiheit, Flexibilität und Dezentralität in der kommunalen Energiepolitik – kein Anschluss- und Benutzungszwang!

Klimaschutz darf nicht als Deckmantel für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung durch öffentliche Nah- und Fernwärme herhalten, denn diese geht zulasten handwerklicher Anbieter und kann Kommunen durch Planungs- und Bilanzierungsfehler in ernste wirtschaftliche Schieflagen bringen. Das Handwerk lehnt einen Anschluss- und Benutzungszwang strikt ab und fordert ein klares Bekenntnis zu Entscheidungsfreiheit, Flexibilität und Dezentralität als marktwirtschaftlichen Grundsätzen der Energieversorgung.

14. Schulen entsprechend der Anforderungen an ein leistungsfähiges Bildungssystem fortentwickeln!

Im Leistungsvergleich der Bundesländer liegen nordrhein-westfälische Schulen auf den letzten Plätzen. Dies hängt natürlich auch mit der Ausstattung der Schulen, der Ausgestaltung des offenen Ganztags und der schulischen Lernumgebung zusammen. Das Handwerk fordert, die allgemeinbildenden Schulen so fortzuentwickeln, dass Unterrichten effizient wird, sich Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte in der Schule wohl fühlen und die Lernmotivation kontinuierlich gesteigert bzw. erhalten wird.

15. Koordinierung des Übergangs von der Schule in den Beruf als kommunale Aufgabe annehmen und kooperativ gestalten!

Die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler in allen allgemeinbildenden Schulen und die enge Begleitung der jungen Menschen von der Schule in den Beruf über Ausbildung und/oder Studium sind Schlüsselthemen für ein neues Übergangssystem. Im eigenen Interesse müssen sich die Kommunen dieser Aufgabe annehmen und das Handwerk ebenso wie andere Wirtschaftsorganisationen eng einbinden. Nur mit dem Handwerk sind eine ausgewogene Berufsorientierung und eine starke regionale Wirtschaft möglich.

16. Kommunale Demokratie und Verwaltung mittelstandsfreundlich ausgestalten!

Mittelstandsfreundlichkeit und Bürokratieabbau müssen als Daueraufgabe für jede Kommune verstanden werden. Die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt müssen so gestaltet werden, dass auch Inhaber und Beschäftigte mittelständischer Betriebe in der Kommunalpolitik Verantwortung übernehmen können. Auch durch Kooperationen zwischen Kommunen, z.B. beim Gewerbeflächenmanagement oder in der Standortberatung, kann viel für die Entwicklung einer mittelstandsfreundlichen Verwaltungskultur getan werden. Das Handwerk fordert alle Städte und Gemeinden auf, sich um die Zertifizierung als „mittelstandsorientierte Kommune“ zu bemühen.

Unter der Internetseite www.nwht.de/kommunalpolitik können Sie diesen Text und kommunalpolitische Positionspapiere des nordrhein-westfälischen Handwerks zu den Themen Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Verkehrspolitik, Planung, Bau und Infrastruktur sowie Umwelt und Energie herunterladen.

V. i. S. d. P.:
 NWHT
 Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag
 Hauptgeschäftsführer Josef Zipfel
 Georg-Schulhoff-Platz 1
 40221 Düsseldorf
 Telefon 0211 396848
 Telefax 0211 9304966
www.nwht.de
info@nwht.de